

Regionales

„Des Volkes Recht ...“. Pfalz und Pfälzer 1848/49.
Annäherungen an regionalgeschichtliche Ereignisse

Wilma Ruth Albrecht

Soziale Aufstände und Revolutionen sind nicht voraussetzungslos. Sie schließen oft an Traditionen volkstümlicher Freiheits- und Gerechtigkeitsbewegungen an. So auch die Pfälzer Revolution 1848/49.

Pfälzer waren an der ersten und zweiten Bundschuhbewegung 1502/13 beteiligt, erhoben sich in antiklerikalen und antifeudalen städtischen Volksbewegungen der Reformation 1521 bis 1523 und kämpften aktiv für soziale Rechte und Selbstbestimmung im Bauernkrieg 1525.

Auch die Ideale der Französischen Revolution 1789 und der französischen Republik 1792 wurden aufgenommen. Es gab positive Erinnerungen an die „Franzosenzeit“, als die Pfalz als Department Donnersberg 1801 bis 1814 nach Frankreich eingegliedert war.

Das größte nationale und republikanische Volksfest, das von den Pfälzer Preßvereinen organisierte Hambacher Fest, fand Ende Mai 1832 bei Neustadt an der Haardt statt. In den 1840er-Jahren erhöhte sich das soziale Konfliktpotenzial infolge von Missernten 1842, 1845 und 1846. Turnvereine, Lesevereine und andere gesellige Zusammenschlüsse, die sich unpolitisch gaben, bündelten die oppositionellen Kräfte. Literaten, Publizisten und Wissenschaftler – auch aus dem Exil – erarbeiteten und verbreiteten liberale und demokratische Forderungen. Vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 1847 und besonders nach der Tagung süddeutscher Demokraten im September 1847 in Offenburg am Rhein kursierten anonyme Flugblätter, Broschüren und Gedichte in Südwestdeutschland. Für die „Märzrevolution“ 1848 fehlte lediglich als „zündender Funke“ der Anlass.

Die Märzrevolution 1848

Dieser Funke sprang wieder aus Frankreich über, wo am 22. bis 24. Februar 1848 in Paris erneut eine Revolution ausbrach. Wie reif die politische Lage für einen Umsturz auch in Deutschland war, zeigt sich daran, dass nur wenige Tage nach dem Bekanntwerden der revolutionären Ereignisse in Frankreich sogleich im Lande Volksversammlungen abgehalten und

liberale und demokratische Forderungen aufgestellt wurden.¹ Schon am 27. Februar 1848 versammelten sich, angeführt von dem Anwalt und Demokraten Friedrich Hecker (1811-1881), in Mannheim 2.500 Menschen und forderten die zweite Kammer auf, sich einzusetzen für: „1. Volksbewaffnung mit freien Wahlen der Offiziere. 2. Unbedingte Preßfreiheit. 3. Schwurgerichte nach dem Vorbilde Englands. 4. Sofortige Herstellung eines deutschen Parlaments“.² Auf der Bürgerversammlung am 29. Februar in Neustadt an der Haardt wurden ähnliche Forderungen aufgestellt.

Im März überstürzten sich die Ereignisse: Überall wurden Demonstrationen oder Versammlungen abgehalten und Forderungen nach Vereins- und Pressefreiheit, öffentlichen Schwurgerichten, Steuergerechtigkeit und Volksmiliz erhoben. Während die Radikalen, Kleinbürger und Bauern am Rhein, in Baden, Sachsen, Schlesien, eine demokratische Republik anstrebten, begnügte sich das liberale Besitz- und Bildungsbürgertum mit gemäßigten Positionen und strebte nach einer konstitutionellen Verfassung. Gemeinsam jedoch war der Wunsch nach nationaler Einheit.

Am 3. März 1848 veröffentlichte die von Georg Friedrich Kolb redigierte, viel gelesene „Neue Speyerer Zeitung“ die Märzforderungen der Pfalz. Einen Tag später wurden sie in Neustadt im „Schießhaus“ durch eine Bürgerversammlung mit 13 der 17 pfälzischen Deputierten der Ständerversammlung in ihre Petition an den bayerischen König übernommen.³

1 Meine Darstellung historischer Ereignisse orientiert sich an Otto Fleischmann: *Geschichte des Pfälzer Aufstandes im Jahre 1849*. Nach den zugänglichen Quellen geschildert, Kaiserslautern 1899; Wilhelm Bloss: *Die deutsche Revolution*, Stuttgart 1922; Karl Obermann (Hrsg.): *Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland*, Berlin 1970 [im Folgenden: Obermann I]; Ders. (Hrsg.): *Flugblätter der Revolution 1848/49*, München 1972 [Im Folgenden: Obermann II]; Hellmut G. Haasis: *Morgenröte der Republik. Die linksrheinischen deutschen Demokraten 1789-1849*, Frankfurt/Main 1984; Jonathan Sperber: *Rhineland Radicals. The democratic movement and the revolution of 1848-1849*, Princeton (NJ) 1991; Wolfgang J. Mommsen: *1848. Die ungewollte Revolution*, Frankfurt/Main 1998; Hans Fenske/Joachim Kermann/Karl Scherer (Hrsg.): *Die Pfalz und die Revolution 1848/49*, Bd. I, Kaiserslautern 2000; Frank Lorenz Müller: *Die Revolution von 1848/49*, Darmstadt 2002. Siehe auch die Zusammenstellung von Werner Krapp: *Namenregister der am „Pfälzer Aufstand“ von 1849 beteiligten Personen*: <http://www.regionalgeschichte.net/bibliothek/texte/aufsatz/krapp-hochverrat.html> (am 15. Mai 2014 überprüft). Siehe ausführlicher und mit zahlreichen Dokumenten Wilma Ruth Albrecht: *Pfalz & Pfälzer. Lesebuch Pfälzer Volksaufstand 1849*, Reutlingen 2014 [edition spinoza], 140 S., hier S.4-79.

2 Obermann II, S.41.

3 Siehe Karsten Ruppert: *Die politischen Vereine der Pfalz in der Revolution von 1848/49*, in: Fenske/Kermann/Scherer (Hrsg.), *Pfalz*, S.56-188, hier S.62.

In dem Dokument heißt es: „Die gewaltige Größe und tief eingreifende Bedeutung der jüngsten Ereignisse, welche sich heute schon als welterschütternd beurkunden, verpflichten die erwählten Vertreter der Pfalz Eurer Königlichen Majestät im Drange dieser ganz außerordentlichen Umstände anzurufen, diejenigen Mittel zu ergreifen, deren unverzügliche Anwendung unumgänglich notwendig ist, wenn die Ruhe, Ordnung und Sicherheit nach Innen und Außen erhalten werden soll.

Die Verhältnisse der Zeit erheischen gebieterisch, die bis heute noch nicht erfolgte Gewährung der den Völkern gebührenden ihnen längst verheißenden Rechte; – sie erheischen:

1. Unverzügliche Berufung der Stände
2. Revision der Verfassung, namentlich des Wahlgesetzes
3. Gewährung unbedingter Pressefreiheit
4. Ein deutsches Parlament, ein Parlament für das eine und einzige Deutschland
5. Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer und zwar unverzüglich für die Pfalz
6. Vereidigung des Militärs auf die Verfassung
7. Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und Schwurgerichte
8. Trennung der Justiz von der Verwaltung und Überweisung der Polizeistrafgewalt an die Justiz
9. Freiheit des Glaubens und der Lehre
10. Freiheit der Gewerbe, sowie des Grund und Bodens
11. Revision der Landrats- und Gemeindegesetze, freies Versammlungsrecht der Bürger
12. Revision der Steuergesetze.“

Nur „die unverzügliche und ungekürzte Gewährung“ dieser „Zugeständnisse“ werde „geeignet sein, unendliches Unglück von Deutschland von den Fürsten und den Völkern abzuwenden. Nur dadurch kann die Überzeugung allgemein begründet werden, daß auch außer der republikanischen Regierungsform die Freiheit und die Rechte der Nation gesichert zu werden vermögen und einer solchen Überzeugung der Gesamtheit wird es bedürfen, um in diesen Momenten unendlicher Stürme – Umwälzungen vorzubeugen, deren intensive Stärke und Ausdehnung gleich unberechenbar erscheinen.“

Unterzeichnet ist die Petition von den Pfälzer Deputierten Brunck, Rudolf Eduard Christmann, Eppelsheim, Josef Hack, Wilhelm Heintz, Johann Kern, A. Lilier, Reudelschuber, Jacob Scholler, dem Anwalt und Reichstagsabgeordneten Stockinger, Ph. Thillmann, Friedrich Justus Willich und

Wolf.⁴ König Ludwig I. von Bayern, diskreditiert durch die Affäre um seine Geliebte Lola Montez und geschwächt durch die Münchener Bürgerschaft, die deren Verlassen aus München und die Wiedereröffnung der Universität erzwungen hatte, beugte sich zunächst den Forderungen des Volkes. Er versprach am 6. März in einer zwei Tage später im Amtsblatt veröffentlichten Proklamation die Einberufung der Stände für den 16. März nach München sowie unter anderem die Einführung der Ministerverantwortlichkeit, volle Pressefreiheit, ein verbessertes Wahlrecht sowie Öffentlichkeit und Mündlichkeit in Schwurgerichten, denn die „Wünsche Meines Volkes haben in Meinem Herzen jederzeit vollen Widerhall gefunden“.

„Ein großer Augenblick“, heißt es weiter, sei „in der Entwicklung der Staaten eingetreten. Ernst ist die Lage Deutschlands. Wie Ich für die deutsche Sache denke und fühle, davon zeugt Mein ganzes Leben. Deutschlands Einheit durch wirksame Maßnahmen zu stärken, dem Mittelpunkt des vereinten Vaterlandes neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit mit einer Vertretung der deutschen Nation am Bunde zu sichern, und zu dem Ende die schleunige Revision der Bundes-Verfassung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Deutschlands herbeizurufen, wird Mir ein teurer Gedanke, wird Ziel Meines Strebens bleiben. [...] Scharret Euch um den Thron. Mit Eurem Herrscher vereint, vertreten durch Eure verfassungsmäßigen Organe, laßt Uns erwägen, was Uns, was dem gemeinsamen Vaterlande Not tut.“⁵

Unbeirrt davon wurden in der Pfalz, z. B. in Mutterstadt, Oggersheim und Grünstadt, weitere Versammlungen abgehalten: „Am 9. März forderten Landauer Bürger in einem 9-Punkte-Programm ebenfalls mehr politische Freiheiten, unter anderem: Revision des Wahlgesetzes, Volksbewaffnung, Aufhebung des Judendekrets (vom 17. März 1808), Aufhebung der konfessionellen Schulen und der getrennten Lehrerausbildung, ein deutsches Parlament, Volkseinheit und auch eine Amnestie für politische Vergehen und Verbrechen.“⁶

Die Kirchheimer richteten am 12. März ihre Forderungen an die Zweite Bayerische Kammer, darunter Amnestie für politische Vergehen, Unverletzbarkeit der Richter, Reduktion des stehenden Heeres und Be-

4 Die Resolution ist abgedruckt in Konrad Lucae: Kirchheimbolanden und der pfälzisch-badische Aufstand, Kirchheimbolanden 1979, S.38f.

5 Abgedr. in: Obermann I, S.77f.

6 Hans Ziegler: Landau im April 1848, in: Pfälzer Heimat, 22. Jg., 1971, H. 1, S.19-22, hier S.20.

schränkung der Polizeiwillkür.⁷ Ebenfalls am 12. März kam es in Neustadt im „Rathaushof“ zu einer „Pfälzer Volksversammlung“ unter der Leitung von Dr. Philipp Hepp (1797-1867). Sie verabschiedete „Märzforderungen des Pfälzer Volkes“, die eine Delegation, der auch der Speyerer Notar Josef Martin Reichard angehörte, dem König überbrachte. Als die Delegation am 17. März, dem Tag des Zusammentritts der beiden Kammern in München eintraf, wurde sie freudig von der Bevölkerung begrüßt.⁸

Auch andere Herrschende zogen sich taktisch zurück, regierten mit Zugeständnissen und der Bildung der sogenannten Märzministerien, das meint die Aufnahme von Liberalen ins Kabinett. Zwischenzeitlich hatte sich die liberale und demokratische Bewegung emanzipiert: Am 5. März 1848 trafen sich in Heidelberg 51 führende süd- und westdeutsche Liberale. Die Mehrzahl der Anwesenden suchte die Zusammenarbeit mit den bestehenden Regierungen, wollte über Vereinbarungen die nationale Einheit und liberale Reformen erreichen. Andererseits setzte sie einen Siebener-Ausschuss ein, der die Einberufung des Vorparlaments und Wahlen zur Nationalversammlung vorbereiten sollte. Damit stand der Gedanke der Volkssouveränität auf der politischen Tagesordnung.

Mitte März spitzte sich die Lage zu. Die Forderungen und die Auseinandersetzungen wurden radikaler. Um die Kronen zu schützen, ließen die Regierungen in Wien und Berlin Militär einsetzen. Zwei Tage nach dem Beginn der Barrikadenkämpfe in Berlin, am 20. März 1848, musste Ludwig I. von Bayern zugunsten seines Sohnes Maximilian II. abdanken.

Vom 31. März bis 4. April tagte das Frankfurter Vorparlament mit 500 Mitgliedern und beschloss allgemeine und freie Wahlen für eine Nationalversammlung, die die künftige Verfassung Deutschlands erarbeiten sollte. Man einigte sich, dass ein Abgeordneter 50.000 Einwohner repräsentieren sollte. Allerdings lehnte das Vorparlament den Antrag der Linken um Hecker und Gustav von Struve (1805-1870) auf Permanenz der Tagung ab. Stattdessen wurde ein 50er-Ausschuss eingesetzt, der bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung die Interessen der Deutschen insgesamt gegenüber den Einzelstaaten und dem immer noch parallel bestehenden Bundestag wahren sollte. Die radikalen Demokraten erkannten, dass die Mehrheit des Vorparlaments eigentlich keine grundlegenden Systemveränderungen vornehmen wollte, insbesondere keine demokratischen.

7 Im Bestand des Heimatmuseums Kirchheimbolanden [Vitrine 67].

8 Ziegler, Landau, S.20.

Die badische Regierung versuchte, radikaldemokratische Strömungen mit Waffengewalt zu unterdrücken und erbat zur Unterstützung des eigenen Heeres hessische, württembergische und bayerische Truppen, die auch einrückten. Daher entschied sich Friedrich Hecker zu einem bewaffneten Aufstand, dem sogenannten Heckerzug (5. bis 27. April 1848). Er sammelte Freischärlertruppen um sich und erfuhr Unterstützung durch die von Georg Herwegh (1817-1875) geführte Legion deutscher Handwerker aus Paris. In der Schlacht von Kandern am 20. April 1848 wurden Heckers Freischärler, bei Dossenbach Herweghs Demokraten geschlagen.⁹ Damit war der erste republikanisch-demokratische Aufstand der 48er-Bewegung gescheitert. Etwa zur gleichen Zeit meldeten sich die Kommunisten programmatisch zu Wort, ihre Forderungen erschienen Anfang April auch in der „Mannheimer Abendzeitung“.¹⁰

In der Pfalz bestimmten weiterhin Versammlungen und publizistische Aufrufe das öffentliche Leben. So wurde am 4. April der Frankenthaler Volksverein¹¹ und am 9. April in Kaiserslautern in der „Fruchthalle“ von 96 Volksabgeordneten der pfälzische Vaterlandsverein als Dachorganisation der Volksvereine gegründet. Im Sommer 1848 bildete sich dann in den größeren und kleineren Städten der Pfalz, besonders entlang der Haardt, in der Vorderpfalz, in Kaiserslautern und Zweibrücken ein Netz von Volksvereinen, die aus Volksversammlungen hervorgegangen waren.¹² Die Volksvereine wurden später zur treibenden Kraft sowohl der parlamentarischen und als auch der außerparlamentarischen Bewegung. Sie benannten die meisten Wahlmänner-Kandidaten und Kandidaten der einzelnen Wahlbezirke, die sie zu einem „politischen Glaubensbekenntnis“ verpflichteten und begleiteten die Parlamentsarbeit mit auf Volksversammlungen beschlossenen Petitionen und Eingaben.

Da das Volk auf die Umsetzung der Märzforderungen drängte, wurden in den Einzelstaaten Wahlgesetze erstellt. Dabei zeigte sich sehr schnell, dass die alten Mächte nicht gewillt waren, das vom Vorparlament festgelegte demokratische Wahlrecht anzuwenden. So beinhaltete die bayerische

9 Siehe Theo Rütten: Friedrich Hecker – Volksheld und Revolutionär, in: *liberal*, 1998, H. 2, S.56-62.

10 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland; in: Dies.: *Werke (MEW)*: Bd. 5, Berlin 1969, S.3-5, 505/Anm. 1.

11 Siehe Anna Maus: Frankenthal in der nationalen Bewegung des 19. Jahrhunderts, in: *Frankenthal einst und jetzt*, 1960, H. 2, S.4-7. Gründungsmitglieder waren unter anderen Dr. Julius Bettinger, Boye, Braun, Riehl, Heintz, Fränkel und Fries.

12 Siehe Ruppert, *Vereine*, S.73, 189-194 (Anhang I).

Wahlordnung vom 14. April 1848 für die Nationalversammlung, dass nur der männliche Staatsbürger, der dem Staat eine direkte Steuer entrichtete und nicht vorbestraft war, das aktive und passive Wahlrecht erhalten sollte, ausgeschlossen von der Wahl war der Vermögenlose. Es waren zwei Wahlhandlungen vorgesehen: Im Urwahlbezirk mit 2.000 Personen wurden vier Wahlmänner gewählt, somit auf 500 Seelen ein Wahlmann, in einem zweiten Wahlgang sollten die Wahlmänner für den Wahlbezirk einen Abgeordneten und zwei Ersatzmänner wählen.

Gegen diese Wahlbeschränkungen protestierten am 16. April 1848 demokratisch engagierte Bürger aus Kirchheimbolanden beim 50er-Ausschuss des Vorparlaments. Sie forderten das Gremium auf, eine Erklärung abzugeben, dass „alle infolge des jetzigen bayerischen Wahlgesetzes gewählt werdenden Volks-Vertreter nicht als solche angesehen, mithin die gefasst werdenden Beschlüsse der Nationalversammlung nicht als gültig und bindend betrachtet werden können“.¹³

Ungeachtet dessen wurden in Bayern die Wahlen durchgeführt: am Dienstag, dem 25. April die Urwahl und am Freitag, dem 28. April die Abgeordnetenwahl mit zwei Ersatzmännern. Da auf 50.000 Personen der Gesamtbevölkerung ein Abgeordneter kam, erhielt die Pfalz zehn Abgeordnete.

Nachdem sich am 18. Mai 1848 die Nationalversammlung in der Paulskirche konstituiert hatte, zeigte sich, dass fast alle Pfälzer Abgeordneten auf der Linken zu finden waren, einige sogar in der sogenannten Fraktion Donnersberg, der äußersten Linken. Thematisch beteiligten sich die Abgeordneten hauptsächlich an der Debatte der Grundrechte.¹⁴

Die Pfälzer Wahlkreise vertraten diese Abgeordneten: *Bergzabern*: Philipp Friedrich Umbscheiden (1816-1872), evangelisch, Friedensrichter, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Nürnberger Hof; *Frankenthal*: Carl Alexander Spatz (1810-1856), evangelisch, Advokat-Anwalt, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Deutscher Hof; *Homburg*: Gustav Adolf Gulden (1808-1882), evangelisch, Advokat-Anwalt, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Deutscher Hof; *Kaiserslautern*: Nikolaus Eduard Heinrich Schmitt (1806-1860), katholisch, Redakteur und Rechtskonsulent, Mitglied der Nationalversammlung (18.5.1848-30.5.1849),

13 Obermann II, S.130f.

14 Siehe Joachim Kermann: Die Pfälzer Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung, in: Fenske/Ders./Scherer (Hrsg.), Pfalz, S.243-321.

Fraktion Deutscher Hof, Donnersberg; Karl Adolf Ritter (1794-1863), katholisch, Gutsbesitzer und Posthalter, Mitglied des Rumpfparlaments (13.6.1849-18.6.1849), fraktionslos; *Kirchheimbolanden*: Joseph Martin Reichard (1803-1872), katholisch, später Freidenker, Notar, Mitglied der Nationalversammlung (18.5.1848-30.5.1849), Fraktion Donnersberg; Adolf Ernst Theodor Berkmann (1802-1878), evangelisch, Pfarrer, Mitglied des Rumpfparlaments (13.6.1849-18.6.1849), Fraktion Donnersberg; *Landau*: Maximilian Glaß (1816-1855), katholisch, Advokat-Anwalt, Mitglied der Nationalversammlung (18.5.1848-5.9.1848), Fraktion Westendhall; August Ferdinand Culmann (1804-1891), evangelisch, Advokat-Anwalt, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (27.11.1848-18.6.1849), Fraktion Donnersberg; *Lauterecken*: Friedrich Schüler (1791-1873), evangelisch, Advokat und Weingutbesitzer, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Donnersberg; *Neustadt*: Rudolf Eduard Christmann (1814-1867), evangelisch, Weingutbesitzer, Mitglied der Nationalversammlung (19.5.1848-18.6.1849), Fraktion Deutscher Hof; *Speyer*: Georg Friedrich Kolb (1808-1884), evangelisch, Verleger und Bürgermeister, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Deutscher Hof; *Zweibrücken*: Franz Tafel (1799-1869), katholisch, Pfarrer, Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments (18.5.1848-18.6.1849), Fraktion Deutscher Hof.¹⁵

Wichtig blieb in der Pfalz die enge Verbindung von parlamentarischer Arbeit mit der Volksbewegung. Am 11. Juni 1848 fand eine Volksversammlung in Neustadt mit Robert Blum und Pfälzer Abgeordneten statt, an der sich etwa 10.000 Menschen beteiligten. Es schloss sich die Pfingstreise von 50 Parlamentariern der Linken durch die Pfalz an mit Volksversammlungen, z. B. in Edenkoben, Gleisweiler und zum Eschbacher Schloss.

Als erkennbar wurde, dass sich die Volksbewegung weiter radikalisierte, formierte sich die Reaktion und schlug zu. Nach der blutigen Niederwerfung der ersten proletarischen Revolution in Paris im Juni 1848 wurde deutlich, wie richtig die Forderung im März nach Bürgerwehren und Volksbewaffnung gewesen war. Im Sommer wurden Bürgerwehren auch aufgestellt. Die damit verbundene Fahnenweihe gestaltete sich zu wahren Volksfesten, so am 6. August in Kirchheim oder am 3. September 1848 allein in Kusel im Beisein von mehr als 10.000 Menschen.

¹⁵ Siehe ebenda; sowie Ruppert, Vereine, S.101f., Anm. 186.

Im Spätsommer zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die Mehrheit der Paulskirchenversammlung eine Kompromisslösung mit den Fürsten suchte. Die Donnersberger Linke der Nationalversammlung, zu der, wie bereits erwähnt, auch Pfälzer Abgeordnete gehörten, sah in der Billigung des Waffenstillstands vom 26. August 1848 zwischen Preußen und Dänemark durch das Parlament am 16. September eine Entmachtung der Nationalversammlung. Sie forderte deshalb Neuwahlen und warnte: „[...] die Reaktion erhebt mächtig und übermütig ihr Haupt und macht Miene, die freiheitsgetreue Minderheit gänzlich zu unterdrücken“.¹⁶

Tatsächlich begannen im Spätherbst die reaktionären Kräfte mit einer aktiveren Bekämpfung der Revolution und ihrer Ergebnisse. Nach der standrechtlichen Erschießung von Robert Blum am 9. November wurden aus Protest zahlreiche Totenfeiern auch in der Pfalz abgehalten, z. B. am 19. November in Neustadt, am 21. November in Speyer oder am 25. November 1848 in Kaiserslautern und Frankenthal.

Bestehende und neue politische Volksvereine in der Pfalz erhielten starken Zulauf, jetzt auch unter der ländlichen Bevölkerung und in kleinen Gemeinden: im März 1849 waren es etwa 200 mit 18.000 Mitgliedern.¹⁷ Die Erkenntnis, dass die reaktionären Kräfte sich anschickten, die revolutionären Errungenschaften und Bewegungen zu bekämpfen, hatte zur Wiederbelebung der Pfälzer Volksvereine mit deutlich demokratischerem Profil und strafferer Organisation geführt. Sie nahmen auch entscheidenden Einfluss auf die bayerischen Landtagswahlen. Von den am 7. Dezember gewählten 19 Abgeordneten aus der Pfalz standen zwölf auf der Liste der Volksvereine.

Nach der Eröffnung des neugewählten bayerischen Landtages am 22. Januar 1849 versammelten sich die Pfälzer Abgeordneten zusammen mit Franken und Schwaben im „Club der Linken“, der größten Fraktion der Zweiten Kammer. Dieser Club und die Mitglieder des linken Zentrums setzten sich für die Anerkennung der Grundrechte und die in Frankfurt noch erarbeitete Reichsverfassung ein. Die Pfälzer Mitglieder waren Boyé (Bezirksrichter aus Frankenthal), Johann Eckhard(t) (Pfarrer in Gönheim), der Landtagsabgeordnete Gelbert (Pfarrer in Landau), Hack (Gutsbesitzer in Kaiserslautern), Hanitz (Dr. der Medizin in Zweibrücken), Heintz (Anwalt in Frankenthal), Kohlhepp (Bahnhofsverwalter zu Hass-

16 Ansprache der in den Klubs des deutschen und holländischen Hofes (Donnersberg) vereinigten Linken an das deutsche Volk vom 22. September 1848, abgedr. in: Obermann I, S.315-318, Zitat S.318.

17 Siehe Ruppert, Vereine, S.133.

loch), Kolb (Bürgermeister zu Speyer), Adam Müller (Landwirt zu Gerhardsbrunn), Scharpff (Landeskommissariatsactuar in Kusel), Schüler (Anwalt in Zweibrücken), Stockinger (Anwalt aus Frankenthal), Tafel (katholischer Pfarrer aus Zweibrücken), Friedrich Justus Willich (Anwalt aus Frankenthal).¹⁸ Georg Friedrich Kolb, Franz Tafel und Friedrich Schüler vertraten zudem die Pfalz weiterhin in der Nationalversammlung.

Drei Wochen vor der Eröffnung des bayerischen Landtags hatte die Nationalversammlung am 27. Dezember 1848 die „Grundrechte“ proklamiert. „Der umfangreiche Grundrechtskatalog war das Herzstück der Verfassung und ihr am stärksten in die Zukunftweisender Teil, durch ihn mußte Deutschland vollends zum Rechtsstaat werden, und zwar im liberalen Geiste. Er enthielt individuelle und assoziative Rechte und sprach sich auch über Gliedstaaten, Gemeinden, Rechtspflege, Kirche und Schule aus.“¹⁹ Sogleich wurden die Grundrechte auch in der Pfalz öffentlich verkündet, insbesondere in den politisch bewegten Orten Speyer, Neustadt und Kaiserslautern.²⁰

Noch bevor die Reichsverfassung offiziell am 28. März 1849 proklamiert worden war, ließ das bayerische Ministerium am 23. März erklären, dass es zu deren Anerkennung in Bayern der Zustimmung der Krone und beider Kammern bedürfe. Proteste in der Pfalz folgten. Nach der Bestimmung der Termine zur Reichstagswahl (15. Juli) und der Parlamentseröffnung (22. August) löste sich faktisch die Nationalversammlung auf. Das am 30. Mai nach Stuttgart verlegte „Rumpfparlament“ von etwa 100 Abgeordneten bestand nur noch aus Anhängern der Demokraten und Linken, darunter neun aus der Pfalz.

Doch nachdem Friedrich Wilhelm IV. am 27. April 1849 die ihm angelegene Kaiserkrone abgelehnt hatte und bereits am 21./22. April Preußen und Bayern ebenso wie Sachsen und Hannover die Reichsverfassung verworfen hatten – während 28 deutsche Staaten sie annahmen –, war klar, dass allein der parlamentarische Weg zur Reformierung und Demokratisierung Deutschlands gescheitert war. Entsprechend drängten Ende April 1849 die pfälzischen Volksvereine zum Aufstand zur Durchsetzung der Reichsverfassung. Die Reichsverfassungskampagne entstand.

18 Siehe Berichte des Klubs der Linken in der Bayerischen Volkskammer an die Wähler, München 1849.

19 Hans Fenske: Deutschland 1848/49. Ereignisse und Probleme, in: Ders./Kernmann/Scherer (Hrsg.), Pfalz, S.8-55, hier S.36.

20 Siehe Der Bote für Stadt und Land. Pfälzisches Volksblatt, 1.1.1849.

Die Pfälzer in der Reichsverfassungskampagne und in der zweiten Revolution

Allein in Baden und der Pfalz hatte sich ein großer Teil der Bevölkerung für eine zweite Revolution entschieden, während die Aufstände in Dresden, Breslau und einigen Städten der Rheinlande schon Anfang Mai blutig niedergeschlagen werden konnten.

Den Auftakt zur zweiten Revolution bildete am 27. April 1849 ein Aufruf des geschäftsführenden Ausschusses der Pfälzer Volksvereine in Frankenthal, unterzeichnet von Bauer, C. Behlen, Fr. Körper, Peter Fries, Hamm, Hertle, G. Hillgärtner, Resch, M. Riel und P. Zöllner, in dem die männliche Bevölkerung der Pfalz aufgerufen wird, „sich am Mittwoch, den 2. Mai 1849 mittags 1 Uhr, zu einer allgemeinen Volksversammlung in Kaiserslautern einzufinden“. Denn: „Wenn die Regierung zur Rebellin geworden, werden die freien Bürger der Pfalz zu Vollstreckern der Gesetze werden.“²¹ In weiser Voraussicht waren auch Kongresse der Turnvereine (29. April) und der Bürgerwehren (3. Mai) einberufen worden.

Am folgenden Tag schon, am 28. April, trafen sich in Neustadt dreibis viertausend Männer zu einer Volksversammlung, die, angeregt von den Kommunisten Heinrich Loose (Pfarrer) und Johann Valentin Weber (Uhrmacher), beschloss: „Es soll eine ‚allgemeine Volksversammlung‘ für Südwestdeutschland, insbesondere für die Pfalz zusammengerufen werden, wozu alle Pfälzer, alle waffentragenden Bürger eingeladen sind. Die Unterzeichneten wenden sich daher im Auftrag obengenannter Versammlung an Euch, Pfälzer, mit der Aufforderung, der auf Mittwoch, 2. Mai, mittags 12 Uhr, zusammengerufenen Volksversammlung, welche der weltgeschichtlichen Hambacher Versammlung vom Jahre 1832 nicht nachstehen soll und auf welcher das Wohl und Wehe des Vaterlandes, die von den Volksvereinen angeregte Lebensfrage der Pfalz und Deutschlands auf dem gesetzlich errungenen Boden der Reichsverfassung besprochen werden sollen, beizuwohnen und durch kräftige That unser heiligstes Recht zu wahren.“²² Außerdem verpflichtete man die Pfälzer Abgeordneten darauf zu drängen, die bayerische Kammer einzuberufen, um dem Ministerium das Misstrauen auszusprechen.

Ende April fanden ähnliche Versammlungen in Offenbach bei Landau, in Speyer, Oggersheim, Eppstein und anderen Orten statt. Dabei forderte man unverhohlen, sich notfalls von Bayern loszusagen und sprach sich

21 Fleischmann, Geschichte, S.115.

22 Zit. nach: ebenda, S.115f.

dafür aus, für die Durchsetzung der Rechte mit Waffen kämpfen zu wollen. Dementsprechend fasste der am 29. April in Kaiserslautern tagende Turnerkongress den Beschluss, einen permanenten Turnerausschuss mit Sitz in Frankenthal zu bilden, der „sofort die Organisation eines bewaffneten Korps waffenfähiger Mannschaft der Pfalz übernimmt“.²³

Die Volksversammlung fand am 2. Mai in der „Fruchthalle“ in Kaiserslautern statt. An ihr nahmen acht- bis zehntausend Menschen teil. Die Versammlung bestätigte eine Notablenversammlung, die aus Vertretern der politischen Vereine, des Landrates und mehreren Abgeordneten der Pfalz für Bayern und das Reich bestand. Der Notablenversammlung wurde die weitere Beratung übertragen. Sie beschloss: „1. Erwählung eines permanenten Landes-Ausschusses zur Durchführung und Vertheidigung der deutschen Reichsverfassung; 2) Steuerverweigerung (Staatssteuern); 3) Rückberufung der pfälzer Soldaten; 4) Organisation der Volksbewaffnung von 18 bis 50 Jahren, die von 30 bis 50 Jahren kommen unter die Landwehr; 5) Aufforderung an die Regierung und die Beamten zur Anerkennung der Reichsverfassung; 6) Aufforderung an die Gemeinden, um ihre Zustimmung zu erklären; 7) Beschlagnahme der pfälzischen Staatskassen; 8) Verbindung mit den angrenzenden deutschen Volksstämmen“.²⁴

In den Landesverteidigungsausschuss wurden gewählt: August Ferdinand Cullmann (Landau, bis 18. Juni Mitglied der Nationalversammlung und des Rumpfparlaments), Josef Martin Reichard (Speyer, bis 30. Mai Mitglied der Nationalversammlung), Heinrich Didier (Landstuhl), Karl Wilhelm Schmidt (Kirchheim), Nikolaus Eduard Heinrich Schmitt (Kaiserslautern, bis 30. Mai Mitglied der Nationalversammlung), Theodor Ludwig Greiner (Pirmasens), Peter Fries (Frankenthal) und Dr. Philipp Hepp (Neustadt). Die gleichfalls gewählten Dr. Hanitz und Friedrich Schüler aus Zweibrücken, beide Mitglieder des im Dezember 1848 gewählten bayerischen Landtags, lehnten jedoch die Annahme der Wahl ab.²⁵ Die Beschlüsse der Volksversammlung wurden durch Flugschriften, Bekanntmachungen und Zeitungen verbreitet.

Der Landesverteidigungsausschuss wurde gestärkt durch die Beschlüsse des am 3. Mai 1849 ebenfalls in Kaiserslautern tagenden Kongresses der pfälzischen Volkswehren: Die Volkswehr stellte sich dem Landesverteidi-

23 Ebenda, S.117.

24 Zit. nach: [Daniel] Fenner von Fenneberg: Zur Geschichte der rheinpfälzischen Revolution und des bewaffneten Aufstandes, Zürich 1849, S.29f.

25 Flugblatt „Der Landesvertheidigungs-Ausschuß an den Adressaten.“ Kaiserslautern 3. Mai 1849 [Kopie im Archiv der Autorin].

gungsausschuss zur Verfügung und forderte ihn auf, Munition und Waffen zu beschaffen und Volkswehrmänner zu rekrutieren. Außerdem wurde beim Landesverteidigungsausschuss eine beratende Kommission, bestehend aus den Wehrmännern Dr. Hitzfeld (Kirchheimbolanden), Trauth (Landau) und Ph. Heinz (Zweibrücken) eingerichtet.²⁶ Wichtig war es auch, die bayerischen Soldaten zu neutralisieren oder gar für den Aufstand zu gewinnen und die Pfälzer zur Verteidigungsbereitschaft zu ermutigen.

Am gleichen Tag, dem 3. Mai erschien in der „Speyerer Zeitung“ ein Aufruf der in Frankfurt versammelten bayerischen und Pfälzer Abgeordneten zur Verteidigung der Reichsverfassung und zur Durchführung einer damit verbundenen Unterschriftensammlung.²⁷

Zwischenzeitlich versuchte die machtlose Zentralgewalt unter dem Reichsverweser Erzherzog Johann von Österreich die revolutionären Kräfte einzudämmen und zu kontrollieren. Dennoch gelang es den Pfälzer Abgeordneten, den Innenminister Heinrich von Gagern dahingehend zu beeinflussen, am 5. Mai 1849 einen Reichskommissar für die Pfalz zu ernennen. Es handelte sich um den Chemnitzer Abgeordneten und zweiten Vizepräsidenten der Nationalversammlung Bernhard Eisenstück, einen Linken, denn ein Anderer wäre in der Pfalz nicht akzeptiert worden.

Eisenstück wurde ermächtigt, „im Namen der Reichsgewalt alle zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Herrschaft der Gesetze in jenem Lande erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sich deshalb sowohl mit den Zivil- als Militärbehörden in das Einvernehmen zu setzen, insbesondere Fürsorge zu treffen, daß der von gedachtem Landesverteidigungs-Ausschusse am 3. Mai zu Kaiserslautern gefaßte Beschluß wieder aufgehoben werde, oder denselben erforderlichen Falles von Reichswegen selbst aufzuheben, überhaupt aber alles dasjenige vorzukehren, was die öffentliche Ordnung der gedachten Provinz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutschland erfordert. Sämtliche Zivil- und Militärbehörden der bayerischen Rheinpfalz werden hiermit angewiesen, zu dem gedachten Zwecke zu erlassenden Verfügungen des Reichskommissars Folge zu leisten, und denselben in Durchführung aller von ihm zu treffenden Maßregeln kräftig zu unterstützen.“²⁸

Entgegen diesem Auftrag legitimierte Eisenstück jedoch den Landesverteidigungsausschuss am 7. Mai 1849, indem er ihn „als einen Landes-

26 Siehe Lucae, Kirchheimbolanden, S.76.

27 Fenneberg, Geschichte, S. 30f.; vgl. Plauderstübchen. Beilage zum Boten für Stadt und Land, Nr. 34, 5.5.1849.

28 Zit. nach: Fenneberg, Geschichte, S.37.

ausschuß für Verteidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung“ bestätigte und ihm weitgehende Befugnisse zugestand. Zudem wandte er sich an die Frankfurter Reichsregierung und verlangte, Bataillone aus Frankfurt sowie Truppen aus Württemberg und Hessen nach Neustadt, Kaiserslautern und Zweibrücken zu verlegen. Auch wohnte er in Neustadt am 7. Mai einer am Bahnhof stattfindenden Versammlung von 5.000 Bürgern bei. Danach begab er sich zum Kommandanten der Landauer Festung, um ihn erfolgreich zu überreden, die Anforderung von preußischen Truppen, die dieser zur Verstärkung seiner Besetzung verlangt und die das Ministerium von Gagern gebilligt hatte, zurückzunehmen. Schon am 9. Mai, wahrscheinlich als von Gagern die Nachricht vom Ersuchen um militärische Truppen zur Unterstützung der Pfalz erhielt, wurde Eisenstück als Reichskommissar abgesetzt. Er selbst erhielt die Nachricht einige Tage später, in der Nacht vom 11. auf den 12. Mai 1849.²⁹

Wenn auch nicht besonders erfolgreich, so bemühte sich der Landesverteidigungsausschuss schon früh und gewiss redlich, den abzusehenden Angriff der Preußen abzuwehren. Er rief die Pfälzer auf, sich zu bewaffnen, versuchte Waffen zu beschaffen, Geld einzutreiben, Offiziere und Soldaten aus anderen Regionen zu werben – tatsächlich standen viele Polen, Elsässer, Rheinhessen und Männer aus dem Bergischen in den pfälzischen militärischen Verbänden – und diplomatische Verbindungen zu knüpfen.

Am 8. Mai 1849 war das Erste Bataillon des 28. preußischen Infanterieregiments (etwa 700 bis 800 Mann) an der Rheinschanze Ludwigshafen eingetroffen, konnte mit der Bahn jedoch nur bis Haßloch vorrücken, weil Freischärler zwischenzeitlich die Schienen abgebaut und nach Neustadt verbracht hatten. So biwakierten die Preußen zwischen Schifferstadt und Speyer, um am 9. Mai 1849 unverrichteter Dinge wieder über den Rhein abzuziehen.

In der Zwischenzeit war der Reichsverweser völlig ins reaktionäre Lager umgeschwenkt. Damit musste den letzten Liberalen und Demokraten klar sein, dass der parlamentarische Weg zur Durchsetzung der Reichsverfassung und der nationalen Einheit gescheitert war. Das erkannte man auch in Baden, wo nach der Erhebung des Militärs bei Rastatt Lorenz Peter Brentano und Amand Goegg am 13. Mai 1849 die bürgerliche Demokratie Baden ausriefen.

²⁹ Siehe ebenda, S.41-46; siehe auch Plauderstübchen, Nr. 36, 12.5.1849.

In der Pfalz ging man den gleichen Weg. Der Landesverteidigungsausschuss berief zum 17. Mai 1849 eine Versammlung der Volksvertreter nach Kaiserslautern; außer Mutterstadt und Neustadt waren alle Körperschaften vertreten. In der Nachmittagssitzung am 17. Mai wurde die „sofortige Einsetzung einer provisorischen Regierung [...] zur Durchführung und Aufrechterhaltung der Reichsverfassung und zur Rettung des schwer bedrohten deutschen Vaterlands“ beschlossen und diese gewählt. Sie bestand aus Reichard, August Ferdinand Cullmann, Schüler, Dr. Hepp und Kolb sowie den Ersatzmännern Greiner, Fries und Schmitt. Damit sagte man sich auch in Kaiserslautern von Bayern los. Als einer der Schreiber diente der provisorischen Regierung Carl Schurz (er emigrierte später in die USA und wurde dort 1877 bis 1881 Innenminister).

Sogleich verkündigte die provisorische Regierung die Aushebung eines Volksheeres und verabschiedete ein Organisationsstatut.

Große Teile des Pfälzervolks unterstützten die revolutionären Bestrebungen. Das verdeutlichten die Gemeindewahlen vom 26. Mai 1849, wodurch die provisorische Regierung nachhaltig gestärkt wurde. Auch das Militär zeigte sich geneigt, sich der Bewegung anzuschließen und ging bald zu großen Teilen zu ihr über. Nachdem in den blau-weißen Bastionen Landau und Germersheim bekannt wurde, dass am 11. Mai 1849 in Rastatt die badischen Truppen rebelliert hatten, kam es besonders in Landau zu „wahren Massendesertionen. Außerdem waren Disziplinlosigkeit, Widerstand gegen Vorgesetzte an der Tagesordnung. Anfang Mai 1849 belief sich die Stärke der Garnison Landau auf 4.357 Mann, Offiziere eingeschlossen. Am 20. Mai, als der Freischaren-„Oberst“ Ludwig Blenker seinen Angriff auf die Festung unternahm, der jedoch leicht abgewehrt werden konnte, hatten sich aus der Festung 2.005 Soldaten abgesetzt, so daß bei Berücksichtigung des Krankenstandes – vier Offiziere und 282 Mannschaften – noch 2.393 Mann zur Verteidigung zur Verfügung standen.“ Unter den Desertierten war Theodor Graf Fugger-Glött (1823-1850), der am 18. Mai 1849 aus „Gewissensgründen“ die Festung verließ. Er schloss sich dem Blenkerschen Freikorps an, kommandierte eine Einheit von 100 Leuten, die Mehrzahl davon desertierte Soldaten, beteiligte sich am Angriff auf die Landauer Festung und wirkte im Badischen als Ordonanzoffizier bei den Freischärlern. Er wurde am 25./26. Juni 1849 in der Nähe von Impflingen festgenommen und am 11. März 1850 wegen Desertion und Staatsverrat zum Tode verurteilt und erschossen.³⁰

30 Hans Ziegler: Theodor Graf Fugger-Glött (1823-1850). Ein Leben für die Einheit des

Das militärische Kräftemessen fiel nicht zugunsten der Pfälzer und Badenser aus, standen doch ihren schlecht bewaffneten etwa 33.000 Mann 64.000 gut ausgebildete Soldaten gegenüber, dazu ein Vielfaches an Gewehren, Geschützen und Munition. Die Pfalz selbst stellte rund 13.000 Soldaten, darunter Hunderte Soldaten vom sechsten und neunten Bayerischen Regiment, auch eine Schwadron Kavallerie. Die Bewaffnung bestand aus 3.600 Gewehren, 1.300 Sensen, acht Kanonen, 80 bis 100 Säbeln und 50.000 Gewehrkgeln und Pulver.

Die Volkswehren der Pfalz setzen sich aus vier Freikorps unter Ludwig Blenker, August von Willich, Christian Zinn und Albert Clement zusammen. Hinzu kamen das rheinhessische Freikorps von Franz Heinrich Zitz und Ludwig Bamberger und verschiedene örtliche Freischaren.³¹

Der Wormser Blenker, der zuvor in griechischen Diensten stand und später im nordamerikanischen Bürgerkrieg in der Schlacht von Bull-Run Berühmtheit erlangte, hatte schon vor der Installierung der provisorischen Regierung begonnen, die Volkwehr zu organisieren. Er rückte mit ihr auf die Rheinschanze, wo bayerisches Militär stationiert war, vor und besetzte den Brückenkopf. Seine Macht wuchs durch die sich ihm anschließenden bayerischen Soldaten.

Doch zum Oberbefehlshaber aller Wehrmänner der Pfalz wurde am 9. Mai 1849 der ehemalige Kommandant der Nationalgarde in Wien während der Oktoberrevolution 1848 Daniel Fenner von Fenneberg ernannt, der alsbald die geringen finanziellen Mittel, die schlechte Ausbildung und Ausrüstung, den Mangel an Disziplin und die Konkurrenz unter den Befehlshabern beklagte. Auch konnte das Pfälzer Volksheer seiner Vorstellung von einer schlagkräftigen Armee nicht entsprechen, da den Soldaten weitgehende Selbst- und Mitbestimmungsrechte eingeräumt worden waren. Aus diesem Grunde beantragte von Fenneberg in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai seine Enthebung als Oberkommandant, dem die pfälzische Regierung sogleich entsprach.³²

Anlass des Rücktritts war jedoch die Rivalität zwischen Fenneberg und Blenker. Letzterer wollte nämlich die Festung Landau einnehmen, um an das nötige Kriegsmaterial und vor allem an die schweren Geschütze zu kommen. Über die Vorgänge gibt es unterschiedliche Darstellungen. Während General Franz Sigel beschreibt, dass Blenker am 20. Mai mit

Vaterlandes, in: Pfälzer Heimat, 25. Jg., 1974, S.50-55, Zitat S.53.

31 Siehe Wilhelm Bloss (Hrsg.): General Franz Sigels Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1848/49, Mannheim 1902, S.95-97; Lucae, Kirchheimbolanden, S.79.

32 Siehe Fenneberg, Geschichte, S.102f.

1.200 Mann, darunter 250 Mann mit Haubitzen gegen die Festung zog,³³ heißt es im Flugblatt des Hauptquartiers Neustadt vom 20. Mai 1849, dass „Oberst Blenker an der Spitze einiger Züge regulären Militärs in das äußere Pallisadenthor der Festung“ eintrat, um „mit unseren Brüdern aus der Festung zu fraternisieren. Einen Eroberungsplan wird man einer Masse von kaum 40 Mann um so weniger unterstellen, als die Festung weder cerniert, noch von einer anderen Seite angegriffen war.“³⁴ Tatsache ist jedoch, dass die Festung nicht eingenommen werden konnte, sondern von Truppen unter August Willich, Ferdinand Dreher und Eugen Oswald belagert und damit die Besatzung bis zum Eintreffen des preußischen Korps Hirschfeld am 17. Juni 1849 neutralisiert wurde.

Nach Fennebergs Rücktritt wurde die Organisation und Leitung der pfälzischen Streitkräfte am 20. Mai einer Militärkommission übertragen, der unter anderen Gustav Techow, bekannt vom Berliner Zeughaussturm, Friedrich Anneke, Friedrich Beust und als außerordentliche Mitglieder Blenker und Theodor Graf Fugger-Glött angehörten.

Diese Kommission bildete jedoch nur für eine kurze Übergangszeit die militärische Führung, nämlich bis der neue Oberbefehlshaber der pfälzischen Streitkräfte, ein Pole namens Franciszek Sznayde (Franz Schneider) eintraf: „Er hatte sich im polnischen Revolutionskrieg von 1831 als Kavallerieoffizier ausgezeichnet. Er wollte drei befestigte Lager bilden und darin die Pfalz verteidigen. Einem Polen Namens Ruppert oder Rauppert [...] gab Snayda den Befehl über das rheinhessische Freikorps.“³⁵

Angesichts der sich sammelnden und von Westen, Norden und Südosten vorrückenden feindlichen Truppen kamen die badische und die pfälzische Regierung am 18. Mai überein, enger zusammenzuarbeiten und sich in militärischer Hinsicht als einen Staat zu betrachten: „Es wird folgender Vertrag geschlossen: 1) In militärischer Hinsicht bilden Baden und die Rheinpfalz ein Land. 2) Das badische Kriegsministerium wird fürs erste als das gemeinschaftliche beider Länder betrachtet. 3) Alles Brückengeld auf Brücken, welche Baden und die Rheinpfalz verbinden, wird sogleich abgeschafft, die Entscheidung von privaten Ansprüchen bleibt vorbehalten, und die Kosten der Unterhaltung und Wiederherstellung der Brücken werden für die Zukunft von beiden Ländern gemeinschaftlich und gleich-

33 Bloss (Hrsg), General, S.98.

34 Flugblatt des Oberkommandos der rheinpfälzischen Volkswehr „An unsere Mitbürger!“ vom 20. Mai 1849 [Kopie im Archiv der Autorin].

35 Bloss, Revolution, S.568. Der Name Sznayde ist bei Bloss fälschlich mit „Snayda“ angegeben.

heitlich getragen. 4) Die Einwohner beider Länder werden in allen Beziehungen so angesehen, als gehörten sie einem und demselben Staate an. Karlsruhe, 16. Mai 1849. Der Landesausschuß Junghans, Struve, Damm, Starck, Steinmetz, Cordel, Degen – Kaiserslautern, 18. Mai 1849. Die provisorische Regierung der Pfalz.³⁶ Als provisorischer Sitz der Regierung war Speyer vorgesehen. Oberbefehlshaber der badisch-bayerischen Truppen wurde der Pole Ludwik Mieroslawski.

In München reagierte die Regierung auf diesen Akt mit einer papierenen Proklamation und dem Ausschluss der Pfälzer Abgeordneten aus der bayerischen Kammer: „Am 21. Mai erfolgte nach fünfstündiger Sitzung in der bayerischen Kammer die Abstimmung über die Adresse an den König, worin mit 72 gegen 62 Stimmen die unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung und ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Pfordter ausgesprochen war. Da die 15 pfälzischen Stimmen den Ausschlag gegeben hatten, wurden dieselben als Vertreter einer aufrührerischen Provinz als unberechtigt in der Kammer betrachtet und bei einer namentlichen Abstimmung am 24. Mai vom Präsidenten geradezu übergangen.“³⁷

Diplomatische und militärische Unterstützung suchend, wandten sich die badische und die pfälzische Regierung auch an die französische Regierung. Sie sandten am 26. Mai 1849 den Mainzer Schütz, Mitglied des Frankfurter Parlaments, und den Pfälzer Culmann nach Paris mit der Bitte, „daß die französische Regierung das Volk der Pfalz in seinen Schutz nehme, daß sie ihm Hilfe gewähre, entweder durch Zusendung von Munition und Generalen, oder auch dadurch, daß sie ihre Truppen gegen die Preußen marschieren lasse, welche auf dem Punkte stehen, in unser Land einzubrechen“. Die Mission hatte jedoch keinen Erfolg: „Die Abordnung wurde von der französischen Regierung nicht nur nicht empfangen, sondern sogar verhaftet und eine Zeit in Haft gelassen.“³⁸

Angesichts der vorrückenden Preußen äußerten sich nun auch innerhalb der Pfalz kritische Stimmen gegen die provisorische Regierung. Sie richteten sich besonders gegen die Mai-Dekrete. Diese bestimmten, dass Pferde zur Bespannung der Artillerie gegen Entschädigung bereitzustellen waren und Schmiede Sensen zur Bewaffnung der Freischärler anzufer­tigen hätten. Auch wurde der Holzpreis auf den Arealhöfen um 20 Prozent herabgesetzt, um durch vermehrten Verkauf dieses Holzes Geld für

36 Zit. nach: Fleischmann, Geschichte, S.186.

37 Ebenda, S.199.

38 Ebenda, S.175.

die Verteidigung zu erhalten. Unmut rief vor allem aber die Zwangsanleihe gegenüber vermögenden Bürgern hervor.

Auf einer am 1. Juni 1849 in Neustadt von Bürgermeister Jakob Kölsch abgehaltenen Versammlung, an der sich auch Stadträte aus Speyer beteiligten, wurde deshalb beschlossen, auf die Einberufung einer pfälzischen Volksversammlung zu drängen, ohne deren Zustimmung keine bestehenden Gesetze aufgehoben und keine neuen erlassen werden dürften. Auch sollten die drei Ersatzmänner der provisorischen Regierung neu gewählt oder in der Wahl bestätigt werden.

Die provisorische Regierung versprach im Aufruf vom 8. Juni 1849, diesem Ansinnen nachkommen zu wollen, nachdem die kriegerische Gefahr abgewendet worden sei.³⁹

Um dem Angriff der feindlichen Truppen zuvorzukommen, entwickelte Franz Sigel, der Oberbefehlshaber der badischen Armee, in Verabredung mit Sznayde, dem Generalstabschef der pfälzischen Armee Gustav Adolf Tschow und Blenker den Plan, den Aufstand nach Hessen-Nassau, Württemberg und Hessen-Darmstadt weiterzutragen und Frankfurt einzunehmen, eine Strategie, in der auch Friedrich Engels die einzige Möglichkeit sah, den rein lokalen Charakter des badisch-pfälzischen Aufstandes zu überwinden.⁴⁰

Am 30. Mai 1849 überschritt Sigel die hessische Grenze. Ruppert, der das Gros befehligte und später zu den Preußen überging, sowie der Kriegsminister der provisorischen Regierung Karl Eichfeld folgten den Befehlen jedoch nicht. Blenker, der nach Worms zog, und Zitz, der auf Oppenheim vorstoßen sollte, wurden von der Pfälzer Regierung zurückbeordert.⁴¹

Am 10. Juni 1849 begann der Vormarsch der preußischen Truppen. In Erinnerung an die Große Französische Revolution gab die provisorische Regierung die Losung „Das Vaterland ist in Gefahr“ aus und versuchte, den Landsturm zu aktivieren sowie Hilfe und Unterstützung von Elsass und Lothringen zu erhalten. Doch diese Hilfe blieb aus.

Am 12./13. Juni 1849 rückten 20.000 Mann unter General Hirschfeld von vier verschiedenen Seiten – über Homburg, Landau, Kirchheimbollen und Frankenthal – in die Pfalz ein mit dem Ziel, Kaiserslautern ein- und die provisorische Regierung festzunehmen.

39 Siehe ebenda, S.211f.

40 Siehe Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne [1849/50], in: MEW, Bd. 7, Berlin 1969, S.109-197, hier S.134f.; dort findet sich auch eine Farbkarte: S.160+.

41 Siehe Blos, Revolution, S.574; Ders. (Hrsg): General, S.97f; Engels, Reichsverfassungskampagne, S.158.

Ohne dazu befugt zu sein, erklärte Prinz Wilhelm von Preußen (der spätere deutsche Kaiser Wilhelm I.) am 14. Juni 1849 offiziell den Kriegszustand. Gleichentags zogen 8.000 preußische Soldaten von Bad Kreuznach über Alzey nach Kirchheim, um auf Kirchheimbolanden vorzurücken, wo das etwa 1.000 Mann zählende Rhein Hessische Armeekorps sich befand.

Es kam zur ersten bedeutenderen Schlacht. Als sich mehr als 4.000 Preußen näherten, warfen die Freischärler am Eingang zum Schlossgarten eine Barrikade auf. Am Ende der heutigen Alleestraße, damals Kaiserstraße genannt, wurden vor den beiden letzten Häusern Barrikaden gebaut. Hieran beteiligte sich die radikale Demokratin Mathilde Hitzfeld aus Kirchheimbolanden. Die Bürgerschaft dagegen suchte schon weiße Tücher für die Kapitulation.

Das Rhein Hessische Armeekorps gab kampflos die Stadt preis. Die Kommandanten Zitz und Bamberger ließen ihre Truppen im Stich und flohen in einer Kutsche auf einer anderen Route. Nur 40 rhein Hessische Schützen blieben im Schlossgarten, da sie vom Rückzug offenbar nicht unterrichtet worden waren. Widerstand war vergeblich. In Kirchheimbolanden fielen 17 Freischärler.⁴²

Ein anderer Trupp Preußen marschierte am 15. Juni 1849 in Frankenthal ein und nahm in einem Bombardement am 15., 16. und 17. Juni die Rheinschanze bei Ludwigshafen ein.

Auch das Gefecht am Rinnthal bei Annweiler am 17. Juni, wo das Corps Willich unter Beteiligung von Friedrich Engels gegen die Preußen kämpfte, brachte keine Wendung. Die Preußen nahmen Kaiserslautern ein, aus dem die pfälzische provisorische Regierung schon am 15. Juni geflohen war. Am 18. Juni 1849 musste der Zusammenbruch der Pfälzer Revolution konstatiert werden.

Die Preußen besetzten am 20. Juni die Pfalz und überschritten den Rhein nach Baden. Gegen die Übermacht der Preußen konnten die revolutionären badisch-pfälzischen Truppen nicht viel ausrichten: Die Schlacht bei Waghäusel am 21. Juni, die bei Durlach am 25. Juni, die dreitägige Schlacht bei Rastatt vom 28. bis 30. Juni gingen verloren, und die Freischärler zogen sich – wenn auch nicht kampflos – in die Schweiz zurück. Nach der Kapitulation der Festung Rastatt am 23. Juli hatten die Preußen mit ihrem 80.000 Mann starken Heer die demokratische Revolution

42 Siehe Friedrich A. Karcher: Die Freischärlerin. Eine Novelle aus der Pfälzer Revolution von 1849 [...]. Hrsg. Hellmut G. Haasis, Frankfurt/Main 1977, S.211f.

erstickt. Am 18. August 1849 zog der Großherzog von Baden wieder in Karlsruhe ein, versicherte sich aber bis 1851 des Schutzes der Preußen. Während die Pfälzer Revolutionäre noch in Baden kämpften, erklärte am 22. Juni 1849 der Fürst Taxis im Namen der königlich-bayerischen Regierung die provisorische Regierung der Pfalz für abgesetzt und ihre Akte für nichtig. Alle Obrigkeiten wurden wieder eingesetzt, die Eidesleistungen auf die Reichsverfassung für ungültig erklärt und Gerichte aufgefordert gegen Demokraten vorzugehen. Es erfolgte die Verhängung des Kriegszustandes, der bis zum 19. Juni 1850 andauerte. Ausgenommen von der Aufhebung des Kriegszustandes waren aber die Städte Zweibrücken, Pirmasens, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden mit Obermoschel, Neustadt, Speyer und Ludwigshafen, also wichtige demokratischen Zentren, denen man auch weiterhin nur mit Gewalt beikommen konnte. 1851 wurden 1.364 Personen vor Spezial- und Schwurgerichten der Pfalz angeklagt, allerdings ohne dass ein Todesurteil vollstreckt wurde.⁴³ Die meisten Verurteilten waren flüchtig⁴⁴ oder wurden später begnadigt.

Ausblick

Vor einem geschichtstheoretischen Hinweis möchte ich eine historische Verortung des Pfälzer Volksaufstands im Revolutionsprozess 1848/49 in Form eines wertenden Resümees und eines bewegungs-, revolutions- und geschichtstheoretischen Ausblicks versuchen:

Der pfälzische Volksaufstand des Jahres 1849 war ein volkstümlich-demokratisches Ereignis. Der am 2. Mai 1849 gebildete Landesverteidigungsausschuss ging aus einer Volksversammlung hervor, die Organisation der Volkswehr erfolgte aufgrund eines Beschlusses des Volkswehrkongresses vom 3. Mai 1849. Die Bildung der provisorischen Regierung der Pfalz und die Lossagung von Bayern am 17. Mai 1849 beruhten auf dem Beschluss der Volksvertretung, die sich aus den am 12. Mai direkt gewählten Vertretern der 31 Kantone (bei 29 Anwesenden) zusammensetzte.

1. Die 1848/49 in weiten Teilen der Pfälzer Bevölkerung auferweckte aufklärerische, republikanische und demokratische Ideenwelt drückte

43 Siche Müller, *Revolution*, S.138.

44 In den USA erschienen zeitnah tagebuchartige Momentaufnahmen der flüchtigen und ausgewanderten Franziska Anneke: *Memoiren einer Frau aus dem badisch-pfälzischen Feldzug*, Newark (N.J.): Selbstverlag F. Anneke 1853. Siche Diana Ecker: *Der Freiheit kurzer Sommer. Auf Mathilde Franziska Annekes Spuren durch die pfälzisch-badische Revolution von 1849*, Heidelberg-Ubstadt/Weiher-Basel 2012.

sich in mannigfaltigen politischen Aktionen aus, die letztendlich zum Volksaufstand im Mai 1849 führten. Diese politischen Aktionen lassen sich auf mehrere Ursachen zurückführen: Einerseits gab es positive Erfahrungen mit der französischen Besatzung (ab 1792) und der Zugehörigkeit zur französischen Republik (1801 bis 1813/14), die in der Pfalz zur Abschaffung des Feudalismus, zur Säkularisierung und zur Übernahme des französischen Rechts führte. Damit einhergehende Errungenschaften wie Abschaffung des Zehnten und der Fronden, Auflösung klösterlichen Besitzes, Trennung von Justiz und Verwaltung sowie Zusicherung persönlicher und Eigentumsrechte wurden, nachdem die Pfalz zu Bayern kam, beibehalten. Andererseits existierten im gesamten südwestlichen Raum starke Traditionen aufklärerischen, demokratischen und jakobinischen Denkens, das unter anderem durch Pressevereine und „Feste“ gepflegt wurde. Weiters gab es, ebenfalls von der Aufklärung geprägten, Protestantismus und Pietismus.

2. Die Herausbildung und Festigung demokratischer Ideen gingen einher mit neuen politischen Erfahrungen, die in der Revolutionszeit gesammelt wurden. Die Einsicht in die nachhaltige Wirkungslosigkeit von Petitionen an König und königliche Minister, die Militanz der Reaktion besonders in Preußen und Österreich seit September 1848 und die kompromisslose Haltung der vier großen deutschen Herrscherhäuser in der Verfassungsfrage der Nationalversammlung begünstigten den Schritt zur eigenständigen politischen Aktion. Insofern waren revolutionäre Handlungen und der Pfälzer Volksaufstand 1848/49 auch Ergebnis eines zeitverdichteten Revolutionsprozesses.
3. Im gesamten Verlauf der Revolution wandten sich die politischen Akteure in der Pfalz bewusst an große Teile der Bevölkerung und versuchten, sie aktiv handelnd einzubeziehen. Nachdem im März 1848 Presse- und Organisationsfreiheit erkämpft worden war, wurden neue Zeitungen, Volksvereine gegründet und Volksversammlungen abgehalten. Diese achteten besonders darauf, dass die Abgeordneten zumindest liberale und vorwiegend demokratische Positionen vertraten, ständigen Kontakt zu den Wählern hielten, um deren Erwartungen in den Repräsentativorganen, der Nationalversammlung und der zweiten bayerischen Kammer zu vertreten und eine Verselbstständigung der Politiker zur politischen Klasse zu verhindern. Darüber hinaus gab es permanente Aufklärung über parlamentarische Entscheidungen und politische Ereignisse – auch im Ausland – durch Presse und Flugschriften. Früh erkannt wurde auch, dass zum Schutz der Revolution und zur Abwehr reaktionärer Angriffe Bürgerwehren zu grün-

den sind. Weiters ging es den aktiven Demokraten darum, eine Spaltung der Bewegung zu verhindern, das Gemeinschaftsgefühl der Bevölkerung über Volksfeste zu stärken, Frauen und Minderheiten einzubeziehen und insgesamt einen regionalen Patriotismus zu fördern. Schließlich erkannten die politischen Verantwortlichen, dass Bündnispartner und Unterstützer außerhalb der Region gewonnen werden mussten, damit der Pfälzer Volksaufstand erfolgreich sein konnte.

4. Dass der Pfälzer Volksaufstand (wie sein badisches Pendant) militärisch blutig niedergeschlagen werden würde, war bei allen ersichtlichen militärischen Mängeln der Revolutionsarmeen nicht zwingend und damit auch nicht eindeutig voraussagbar. Plan wie Hoffnung war es, die sogenannte zweite Revolution in benachbarten Regionen zu entfachen und sie in ihre militärischen Aktionen einzubeziehen. Dies scheiterte nicht nur an den zersplitterten deutschen staatlichen Verhältnissen, sondern auch an den sich abzeichnenden neuen klassenpolitischen Konstellationen.

Über diese zusammenfassende Beschreibung hinaus finden sich bei Frank Lorenz Müllers Diskussion der revolutionären Prozesse 1848/49 Hinweise auf eine historiografisch weitgehend vernachlässigte empirische Tiefenschicht, die der marxistische Historiker Eric Hobsbawm (1917-2012) als *Vielschichtigkeit* von Menschen in der Gesellschaft („multidimensionality of human beings in society“)⁴⁵ bezeichnete. Müller schreibt, dass das „Gesamtphänomen der Revolutionen von 1848/49 [...] weniger bürgerlich-elitär, weniger liberal, national und parlamentarisch, weniger städtisch und weniger fortschrittlich gewesen“ sei als bisher angenommen. „Vielmehr nutzten zahlreiche Bevölkerungsgruppen die Chance, die ihnen der dynamische Veränderungsprozess bot. Ebenso unterschiedlich wie spezifisch wie die Interessen, die nun zum Ausdruck kamen, waren die zu ihrer Durchsetzung gewählten Politikformen. Erst wenn man Wirtshausdebatten, Katzenmusiken, Leseabende und Schmucksammlungen – neben den Märzforderungen, den Barrikadenkämpfen und der Paulskirche – mit einbezieht, kommt man zu einer angemessenen Gesamtbewertung. In ihrem Zentrum steht nicht die Frage nach dem Misserfolg eines bürgerlichen Projekts, sondern die Tatsache eines tiefgreifenden, umfassenden Wandels, eines bis dahin beispiellosen Politisierungs-, Mobilisierungs-

45 Eric J. Hobsbawm: Working-class Internationalism, in: Contributions to the History of Labour & Society, Bd. I, 1988, S.3-16; zu diesem marxistischen Universalhistoriker siehe den Nachruf von Richard Albrecht: <http://soziologieheute.wordpress.com/2012/10/02/eric-j-hobsbawm-1917-2012/> (am 15. Mai 2014 überprüft).

und Kommunikationsprozesses.⁴⁶ Dies bedenkend, könnte weiterführend an theoretische Überlegungen eines so dialektisch wie visionär denkenden linksrheinischen Pfälzers angeschlossen werden. Als Vordenker des Nicht-Mehr-Seins im faktischen Realen und des Noch-Nicht-Seins im real Möglichen, der den „alten Menschheitstraum“ von Freien und Gleichen als *Geist der Utopie* „philosophisch subtilisierte zu einer allgemeinen Theorie der Gesellschaft, einer visionären Utopie“,⁴⁷ entwickelte Ernst Bloch Überlegungen zum „Noch-Nicht-Bewußten“ und zum „Latenten in der Welt“ als Zugang zu dem „Land, wo noch niemand war, ja, das selber noch niemals war“⁴⁸ und verdichtete diese später zum Leitkonzept der *UnGleichzeitigkeit*. Würden Blochsche Kategorien auf die hier narrativ erinnerten Ereignisse angewandt, könnte sich eine erweiterte erkenntnisleitende Fragestellung als produktiv erweisen und helfen, den soziohistorischen Charakter der Pfälzer Bewegung 1848/49 zu verstehen als etwas Neues, mit *Tertium*-Charakter: praktisch noch immer im bäuerlich-kleinstädtischen Habitus und keineswegs proletarisch lebend, in der Breite kleinbürgerlich facettiert, theoretisch weder gleichzeitig noch ungleichzeitig und auch keinesfalls infolge wirksamer religiöser Ideologie/n reaktionär.

Die sich aus dieser Perspektive ergebenden *Fragen über Fragen* sollten hier nur ausblickend gestellt werden. Sie weiterführend auszuarbeiten konnte ebenso wenig Aufgabe dieser historisch-narrativen Erinnerung sein wie eine so sinnvolle wie mögliche weltgeschichtliche Verortung der Pfälzer Ereignisse.

46 Müller, *Revolution*, S.143.

47 René König: *Soziologie in Deutschland. Begründer – Verfechter – Verächter*, München 1987, S.241.

48 Ernst Bloch: *Über Eigenes Selber*; in: *Morgenblatt für die Freunde der Literatur* Nr. 14, Sondernr. Ernst Bloch am 2. November 1959, S.1f.; weiterführend Ders.: *Erbschaft dieser Zeit*, Zürich 1936. Zum Zusammenhang siehe Richard Albrecht: *The Utopian Paradigm*, in: *Communications*, 16. Jg., 1991, No. 3, S.283-318; zum „doppelten Doppelcharakter“ und zum „soziologischen Doppelaspekt“ Ders.: „Zerstörte Sprache – Zerstörte Kultur“; in: *Bloch-Jahrbuch*, 13, 2009, S.223-240; Ders.: *Gesellschaft. Kurze Einführung in soziologische Sichten*; in: *Hintergrund*, 12. Jg., 2012, H. 3, S.14-24.